

Nr. 04 | Dezember 2019

Liebe Leserinnen und Leser,

hinter uns liegt ein bewegtes, aber auch forderndes Jahr 2019: die Wahl des Europäischen Parlaments, der laufende Brexit, Fridays for Future und die anhaltenden Klimademonstrationen, die Waldbrände in den Amazonas, Grüne Kreuze und Bauern-Proteste, 30 Jahre Fall der Berliner Mauer, 70 Jahre NATO, der Green Deal sowie der aufkeimende Populismus sind nur einige der Meilensteine, die uns im Laufe dieses Jahres begleitet haben.

Gerade unsere Landwirte verstehen nicht alle politischen Entscheidungen aus diesem Jahr. Aber ich habe den Eindruck, dass sich die Menschen nach all den Protesten ernsthaft für ihre Anliegen interessieren und sich damit auseinandersetzen. Und auch ich setze mich weiterhin für unsere Bäuerinnen und Bauern ein - sei es als Abgeordnete im AGRI-Ausschuss des Europäischen Parlaments oder als Landesvorsitzende der AG ELF der CSU. Daher ist es ungemein wichtig, dass wir möglichst geschlossen auftreten, zu Kompromissen bereit sind und uns nicht im Kleinklein verlieren. Nur dann kann es uns gelingen, im kommenden Jahr wichtige politische Stellschrauben in unserem Sinn zu drehen. Klar ist auch, dass wir auf den Verbraucher zugehen und geduldig erklären müssen, warum Landwirte so vorgehen, wie sie es tun. Dazu gehört, dass wir weiter zeigen, wie sehr sie sich um die Zukunft und die unserer Kinder sorgen, dass sie aber auch eine planbare, zuverlässige Politik mit klaren Bedingungen brauchen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass sie nicht noch weiter von Vorschriften, Regelungen und Bürokratie belastet werden. Vor allem müssen wir aber erreichen, dass die bayerischen Bauern Vertrauen und Anerkennung für ihre harte Arbeit verdienen. Denn ohne sie gibt es die so oft geforderte nachhaltige und regionale Versorgung mit Lebensmitteln nicht.

Die Landwirtschaft ist die einzige Branche, die Rohstoffe für unser Essen liefert und gleichzeitig Sauerstoff erzeugt und Kohlendioxid bindet. Wir können auf vieles verzichten, aber nicht auf unser Essen - denn Ernährung ist die Basis unseres Lebens. Und genau dafür brauchen wir unsere Landwirte europaweit und weltweit. Wenn die Frage der Zukunft lautet, wie wir immer mehr Menschen auf immer weniger verfügbarer Fläche ausreichend und möglichst klimaneutral - also nachhaltig - versorgen können, dann geht es nur mit der Landwirtschaft, nicht gegen sie. Sie ist Teil der Lösung und nicht des Problems.

Im Hinblick auf den „Green Deal“ bedeutet das konkret: Wir brauchen mit Blick auf Wetterextreme robustere Pflanzen und Produktionssysteme. Wir brauchen mit Blick auf weniger Düngereinsatz und chemische Pflanzenschutzmittel schnellere Antworten, d.h. wir steigern und sichern Erträge durch eine Verbesserung der Nährstoffeffizienz und resistente Züchtungen gegen Krankheiten und Schädlinge. Und wir sollen und müssen die Landwirte von Beginn an in Forschungs- und Innovationstätigkeiten einbeziehen. Genau dafür setze ich mich tagtäglich ein!

Die Schwerpunkt-Themen bei der Plenarsitzung vom 16. bis 19. Dezember 2019 waren:

- Ilham Tohti erhält den Sacharow-Preis 2019
- Parlament wählt nächsten Europäischen Bürgerbeauftragten
- Parlament diskutiert die Ergebnisse des EU-Gipfels
- Vertrag von Lissabon und Charter der Grundrechte: 10 Jahre EU Reformen
- Rechtsstaatlichkeit in Malta und der Mord an der Journalistin Daphne Caruana Galizia
- Rettung der Bienen
- Parlament nimmt Stellung zu so genannten "LGBTI-freien Zonen" in Polen
- Tierschutz: Transportbedingungen verbessern
- Maßnahmen gegen Unterschlagung der Mehrwertsteuer im Internet-Handel
- Digitalsteuer: Abgeordnete machen Druck auf die Kommission

Nicht alle Themen und Inhalte werden in dieser Form von mir geteilt. Sie sollen aber der Vollständigkeit halber zu Ihrer Information dienen.

Ich wünsche Ihnen gesegnete Weihnachten, besinnliche und fröhliche Feiertage im Kreise Ihrer Liebsten sowie ein gesundes neues Jahr.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihre

Marlene Mortler

Ilham Tohti erhält den Sacharow-Preis 2019

Der uigurische Menschenrechtsvertefchter und Wirtschaftsprofessor Ilham Tohti wurde am Mittwoch mit dem Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2019 ausgezeichnet. Ilham Tohti verbüßt wegen „Anstiftung zum Separatismus und Rassenhass“ eine lebenslange Haftstrafe in einem chinesischen Gefängnis. Daher wird er durch seine Tochter Jewher Ilham vertreten, die den Preis vom Präsidenten des Europäischen Parlaments David Sassoli am Mittwochmittag im Plenarsaal während einer feierlichen Sitzung entgegengenommen hat. Die EVP-Fraktion unterstützt das friedliche Engagement Ilham Tohtis für die Rechte der uigurischen Minderheit in China und würdigt seine Bemühungen als Vermittler zwischen den Kulturen. „China schwingt sich zur Weltmacht auf und tritt gleichzeitig die Rechte von Minderheiten mit Füßen. Es ist deshalb das richtige Signal zur richtigen Zeit, dass der diesjährige Sacharow-Preis des Europaparlamentes für Meinungsfreiheit an den uigurischen Volkswirt Ilham Tohti geht.“

Parlament wählt nächsten Europäischen Bürgerbeauftragten

Am Dienstag wurde Emily O'Reilly (Irland) zur Europäischen Bürgerbeauftragten für die Legislaturperiode 2019-2024 gewählt. Sie hat das Amt seit 2013 inne. Mit den Stimmen von 320 Abgeordneten wurde O'Reilly in geheimer Abstimmung im Plenum gewählt. Der oder die Europäische Bürgerbeauftragte führt Untersuchungen in Fällen von Missständen bei der Tätigkeit der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union durch, auf

eigene Initiative oder auf der Grundlage von Beschwerden von EU-Bürgern. „Die EU-Verwaltung muss das Vertrauen ihrer Bürger zurückgewinnen. Ich glaube, dass dieses Vertrauen durch eine stärkere Rechenschaftspflicht und Transparenz der Institutionen erworben werden kann. Nur, wenn man verfolgen kann, wie die Entscheidungsfindung abläuft und wie es zu einzelnen Beschlüssen kommt, kann man verstehen, warum sie angenommen wurden, und nur dann kann man anfangen zu vertrauen“, sagte sie den Abgeordneten am 3. Dezember.

Parlament diskutiert die Ergebnisse des EU-Gipfels

Am Mittwochvormittag haben die Abgeordneten die Ergebnisse des Europäischen Rats vom 12. und 13. Dezember mit Ratsvorsitzendem Charles Michel und Kommissionspräsidentin von der Leyen besprochen. Die Abgeordneten begrüßen die Klimaziele des EU-Gipfels: „Das Klimaschutzpaket der EU-Kommission ist sehr anspruchsvoll, aber der richtige Weg, um über technische Innovationen die Treibhausgasemissionen der EU bis 2030 deutlich abzusenken. Die Widerstände von manchen Staats- und Regierungschefs zeigen, dass wir durchdachte Lösungen brauchen, die alle mitnehmen. Es ist richtig, nicht auf Verbote, sondern auf Anreize zu setzen. Das Langfristziel Klimaneutralität bekommen wir nur zusammen mit der Industrie und nicht gegen sie hin. Unsere EU-Klimapolitik wird dann ein Erfolg, wenn wir mit Augenmaß rangehen und es ohne Wohlstandsverluste schaffen. Dann werden auch andere Wirtschaftsregionen in der Welt unserem Beispiel folgen.“ Allerdings kritisieren die Abgeordneten aber auch den mangelnden Ehrgeiz beim Budget, und forderten eine Reform des Eigenmittelmechanismus der Europäischen Union und/oder der Beschlussfassung auf Ratsebene, damit die EU die wichtigsten Herausforderungen angehen kann, bei denen nach den derzeitigen Vorschriften keine Fortschritte möglich zu sein scheinen.

Vertrag von Lissabon und Charter der Grundrechte: 10 Jahre EU Reformen

Mittwochmorgen haben die Abgeordneten Bilanz der vom Lissabon Vertrag ausgegangenen Demokratie-Reform der EU mit mehr Rechten für Parlament und Bürger gezogen. Zu Beginn der feierlichen Sitzung hob EP-Präsident David Sassoli die Rolle hervor, die der Vertrag von Lissabon und die Charta der Grundrechte für die Erhaltung von Frieden und Wohlstand in Europa spielen. Er fügte hinzu, dass die bevorstehende Konferenz über die Zukunft Europas eine Gelegenheit bietet, sich den anhaltenden und neuen Herausforderungen durch ein stärkeres Europa, das auf Solidarität und Freiheit basiert, zu stellen. In der Runde der Redebeiträge der Fraktionssprecher betonten die Abgeordneten, dass die EU reformiert und gestärkt werden müsse, um den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden, die von der Umwelt und dem Klimawandel bis hin zu sozialen Fragen, von der europäischen Verteidigung, Sicherheits- und Außenpolitik bis hin zu Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Bürgerrechten reichen.

Rechtsstaatlichkeit in Malta und der Mord an der Journalistin Daphne Caruana Galizia

Die Ermittlungen im Fall Daphne Caruana Galizia und die politische Krise in Malta standen am Dienstag im Zentrum der Debatte. In einer EntschlieÙung vom Mittwoch äußern

die Abgeordneten „große Bedenken hinsichtlich der Integrität und Glaubwürdigkeit der Ermittlungen zur Ermordung von Daphne Caruana Galizia“. Das Parlament bedauert zudem, dass zahlreiche andere Ermittlungen zu damit in Verbindung stehenden Fällen von Geldwäsche und Korruption keine Fortschritte gemacht haben bzw. nicht einmal aufgenommen wurden. „Der Mord an der Journalistin Daphne Caruana Galizia führt in höchste Regierungskreise. Der Kanzleramtsminister sowie der Tourismusminister sind bereits zurückgetreten. Premierminister Muscat will noch bis Januar im Amt bleiben, wohl um noch die Ermittlungen zu beeinflussen. Es ist höchste Zeit, dass die EU-Kommission ein Zeichen setzt und den Rechtsstaatsmechanismus aktiviert. Wenn höchste Regierungskreise in einen Mord verwickelt sind, ist der Rechtsstaat in großer Gefahr.“

Rettung der Bienen

Die Abgeordneten fordern die Kommission auf, ihre Initiative für Bestäuber zu verbessern und neue Maßnahmen zum Schutz von Bienen und anderen Bestäubern vorzuschlagen. In einer am Mittwoch angenommenen Entschließung begrüßt das Parlament die EU-Initiative für Bestäuber, betont aber, dass sie in ihrer jetzigen Form Bienen und andere Bestäuber nicht hinreichend vor einigen der vielen Ursachen für den Rückgang ihrer Bestände schützt, darunter Landnutzungsänderungen, der Verlust von Lebensräumen, intensive landwirtschaftliche Bewirtschaftung, Pflanzenschutzmittel, Umweltverschmutzung, der Klimawandel und invasive gebietsfremde Arten. Da Bestäuber für die biologische Vielfalt, die Landwirtschaft und die Fortpflanzung vieler Pflanzenarten von wesentlicher Bedeutung sind, fordern die Abgeordneten die Kommission auf, ein umfassendes Aktionsprogramm für Bestäuber umzusetzen sowie zu diesem Zweck ausreichende Mittel vorzusehen. Um die Rückstände von Pestiziden in den Lebensräumen von Bienen weiter zu senken, muss die Verringerung der Verwendung von Pestiziden zu einem grundlegenden Ziel der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) werden, so die Abgeordneten. Sie fordern auch, dass EU-weite verbindliche Reduktionsziele in die anstehende Überarbeitung der Richtlinie über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden aufgenommen werden müssen.

Parlament nimmt Stellung zu so genannten “LGBTI-freien Zonen” in Polen

Die öffentliche Diskriminierung und Hetze gegen LGBTI-Personen in manchen EU-Ländern ist Gegenstand einer Entschließung, die am Mittwoch zur Abstimmung kam. Die Abgeordneten fordern die Kommission nachdrücklich auf, die öffentliche Diskriminierung von LGBTI-Personen zu verurteilen, insbesondere „LGBTI-freie Zonen“ in Polen. In einer Entschließung, die mit 463 Ja-Stimmen, 107 Nein-Stimmen und 105 Enthaltungen am Mittwoch angenommen wurde, bringen die Abgeordneten ihre tiefe Besorgnis über die wachsende Zahl von Angriffen auf lesbische, schwule, bisexuelle, transgender und intersexuelle (LGBTI) Menschen in der EU durch Staaten, Staatsbeamte, nationale und lokale Behörden sowie Politiker zum Ausdruck. Jüngste Beispiele sind homophobe Äußerungen während einer Referendumskampagne in Rumänien und Hassreden gegen LGBTI-Bürger im Zusammenhang mit Wahlen in Estland, Spanien, Großbritannien, Ungarn und Polen. Die Abgeordneten verurteilen insbesondere die Anfang 2019 begonnene Einrichtung von Zonen „frei von der LGBTI-Ideologie“ in Dutzenden von Gemeinden, Landkreisen und Regionen im Südosten Polens. Das Europäische Parlament fordert die polnischen Behörden nachdrücklich auf, diese Handlungen zu verurteilen und alle Entschließungen zurückzuziehen, in denen die Rechte der LGBTI angegriffen werden. Darüber hinaus sollte die

Kommission dafür zu sorgen, dass EU-Mittel nicht für diskriminierende Zwecke verwendet werden.

Tierschutz: Transportbedingungen verbessern

Nach dem Untergang eines mit Schafherden beladenen Schiffs vor der Küste Rumäniens fordern Abgeordnete auch strengere Regeln für Tiertransporte in Drittländer. Die Abgeordneten haben am Mittwoch mit Kommission- und Ratsvertretern über mögliche Maßnahmen auf nationaler und EU-Ebene diskutiert, um die Sicherheit und das Wohlergehen von Tieren während Tiertransporten auch in Länder außerhalb der EU zu gewährleisten. Bereits im Februar 2019 hat das Europäische Parlament die Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, für mehr Sorgfalt im Tiertransport zu sorgen. In der Entschließung kritisierten die Abgeordneten vor allem die unzulänglichen Transportbedingungen im Schiffsverkehr. Lebewiehetransporte in Länder, die EU-Standards im Tiertransport nicht einhalten, sollten untersagt werden, verlangten die Abgeordneten.

Maßnahmen gegen Unterschlagung der Mehrwertsteuer im Internet-Handel

Die Abgeordneten haben am Dienstag einer Reihe von Maßnahmen zugestimmt, um Mitgliedstaaten die Eintreibung von jährlich rund 137 Millionen Euro Mehrwertsteuer im Online-Handel zu erleichtern. Dem Bericht der Kommission zufolge belief sich die MwSt-Lücke (Differenz zwischen den erwarteten MwSt-Einnahmen und den tatsächlich vereinnahmten Beträgen in der Union) im Jahr 2017 auf 137,5 Mrd. EUR, was einem Verlust von 11,2 % der gesamten erwarteten MwSt-Einnahmen und 267 EUR an entgangenen Einnahmen pro Person in der Union entspricht. Es gibt große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, wobei die Unterschiede bei der Mehrwertsteuer zwischen 0,6 % und 35,5 % liegen. Dies beweist die Notwendigkeit einer verstärkten transnationalen Zusammenarbeit, um insbesondere den Mehrwertsteuerbetrug im elektronischen Handel, aber auch generell den Mehrwertsteuerbetrug (einschließlich Karussellbetrug) besser bekämpfen zu können.

Digitalsteuer: Abgeordnete machen Druck auf die Kommission

Angesichts internationaler Verhandlungen wollten die Abgeordneten detailliert Auskunft von der Kommission, welche Wege der Besteuerung digitaler Unternehmen sie vorschlagen wird. Die EU solle sich an den internationalen Bemühungen zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft beteiligen. Ohne internationale Einigung bis Ende 2020 soll auf EU-Ebene gehandelt werden. Die Abgeordneten unterstreichen, dass die EU auf internationaler Ebene eine Position verteidigen sollte, die das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts gewährleistet, insbesondere durch die Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen für alle Arten von Unternehmen. Sie fordern, dass dafür gesorgt wird, dass Unternehmen dort, wo ihre eigentliche wirtschaftliche Tätigkeit und Wertschöpfung tatsächlich stattfinden, einen fairen Steueranteil zahlen, und dass die Steuereinnahmen gerecht auf alle Mitgliedstaaten aufgeteilt werden.



Marlene Mortler MdEP

Brief aus Straßburg

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

mittelfranken@marlenemortler.eu
www.marlenemortler.eu

Redaktion: Sarah Schöffler